

P41-016-2 Projekt 41: Grüne Oasen

Antragsteller*in: Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P41

Von Zeile 15 bis 17:

weiterentwickeln. Berlin braucht grüne Freiräume, wenn die Lebensqualität erhalten bleiben soll. ~~Dazu gehört auch ein verlässlicher Umgang mit Kleingärten, ihre planungsrechtliche Sicherung sowie der Ankauf der Flächen, die für zusätzliche Grünflächen erforderlich sind.~~ Dazu gehört auch ein verantwortlicher Umgang mit Kleingärten und der Ankauf von Grundstücken, die von der Allgemeinheit als Grünflächen genutzt werden. Landeseigene Kleingartenflächen können für den Gemeinbedarf und - falls dringend erforderlich - für den Wohnungsbau verwendet werden. Dringend geboten ist auch die bessere Ausstattung der Bezirke für die notwendige Grünpflege.

Begründung

Der Leitantrag spricht sich zu weitgehend für einen Erhalt aller Kleingärten aus. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Entscheidungsträger*innen gerade bei der Bebauung privater Grundstücke parteiübergreifend das Versprechen einer planungsrechtlichen Sicherung schwerlich einhalten konnten.

Aber auch bei einigen landeseigenen Kleingartenflächen wird sich spätestens 2020 die Frage einer Bebauung stellen. Mit einem Abbrechen des Bevölkerungszuwachses ist nicht zu rechnen. Auch die ausschließliche Unterbringung von Flüchtlingen in Behelfsbauten wird deren erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft erschweren. Zudem sind die landeseigenen Grundstücke die letzten Flächen für die Schaffung einer größeren Anzahl bezahlbarer Wohnungen.

Die Kleingärten bringen eine Steigerung der Lebensqualität nicht nur für Kleingartenpächter sondern für alle Bürger*innen Berlin mit sich. Deswegen muss zuvor festgestellt werden, ob der behauptete Wohnraumbedarf tatsächlich besteht und die Kleingärten hierfür tatsächlich benötigt werden. In jedem konkreten Einzelfall sollen die Entscheidungsträger*innen darüber entscheiden, ob die Bebauung dringend erforderlich ist.

Unterstützer*innen

Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Antonia Simon (LAG Kultur); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)